Nr. 405. 46. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Freitag, 10. August 1917

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Stärkstes Trommelfeuer zwischen Yser und Lys.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 10. August.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern schwankte gestern die Kampftätigkeit der Artillerien bei wechselnder Sicht in ihrer Stärke; sie nahm abends allgemein zu, hielt während der Nacht an und steigerte sich heute in den frühesten Morgenstunden zwischen der Yser und Lys zu stärkstem Trommelfeuer. In breiten Abschnitten östlich und südöstlich von Ypern haben darauf starke feindliche Infanterieangriffe eingesetzt.

Im Artois war der Artilleriekampf beiderseits von Lens und südlich der Scarpe sehr lebhaft. Abends griffen die Engländer vom Wege Monchy—Pelves bis zur Straße Arras—Cambrai in dichten Massen an. Unser Vernichtungsfeuer schlug verheerend in ihre Bereitstellungsräume; die vorbrechenden Sturmwellen erlitten im Abwehrfeuer und Nahkampf mit unseren kampfbewährten Regimentern schwerste Verluste und wurden überall zurückgeworfen.

Nördlich von St. Quentin entrissen brandenburgische Bataillone den Franzosen einige Grabenlinien in 1200 Meter Breite. Gegenangriffe des Feindes scheiterten, über 150 Gefangene blieben in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Soissons und Reims, in der Westchampagne und auf beiden Maasufern erreichte das Feuer zeitweilig erhebliche Stärke.

Eine französische Erkundungsabteilung, die an der Straße Laon—Soissons in unsere Gräben eindrang, wurde durch Gegenstoß vertrieben.

Oestlich der Maas brachen badische Stoßtrupps in die französische Stellung nördlich von Bachera ville ein und führten eine Anzahl Gefangener zurück.

Leutnant Gontermann schoß 2 feindliche Fesselballone ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

Auflebende Gefechtstätigkeit bei Dünaburg, südlich von Smorgon und bei Brody. Hier brachte ein Unternehmen deutscher und österreich-ungarischer Truppen über 200 Gefangene ein.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Südöstlich von Czernowitz wurde hartnäckig gekämpft; unsere Truppen drangen an mehreren Punkten in die Grenzstellung der Russen ein.

Auch in der Sereth-Niederung und an der Solka wurden nach Abwehr feindlicher Gegenstöße Vorteile erzielt.

Zwischen Trotus- und Putna-Tal nahmen die verbündeten Truppen trotz zähen Widerstandes der Rumänen mehrere Höhenstellungen im Sturm.

In den beiden letzten Tagen wurden im Ojtoz-Abschnitt über 1400 Gefangene gemacht und 30 Maschinengewehre erbeutet.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Zu beiden Seiten der Bahn Focsani—Adjudul Nou haben deutsche Divisionen in breiter Front den Uebergang über die Susita erzwungen. In erbitterten Gegenstößen suchten die Gegner unter Einsatz starker Massen unser Vordringen zu hemmen; alle ihre gegen Front und Flanke geführten Angriffe scheiterten unter den schwersten Verlusten.

Mazedonische Front.

Nichts Besonderes.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte.

Von [Nachdruck verboten.]
L. Persius, Kapitän z. S. a. D.

Unsere Kauffahrteiflotte war vor Ausbruch des Krieges einer der wichtigsten Faktoren unseres wirtschaftlichen Lebens. Im Geschwindtempo hatte sie sich in den letzten Dezennien vergrößert. Vor 20 Jahren belief sich ihr Tonnengehalt auf etwa 2 Millionen. 1913 waren fünf Millionen bereits überschritten. Es waren vorhanden 2019 Dampfer mit 4 743 046 und 302 Segler mit 339 015 Tonnen. So stand die deutsche Handelsflotte an zweiter Stelle, nur die britische war ihr überlegen. (Im Jahre 1914 19,3 Millionen Tonnen — ohne die Schiffe der Kolonien). Was die Leistungen unserer großen Reedereien angeht, so darf man wohl sagen, sie wurden von keinen fremden übertroffen. Sicherheit, Pünktlichkeit, Sauberkeit usw. der Dampfer der Bremer und Hamburger Schiffahrtsgesellschaften waren weltbekannt und mit berechtigtem Stolz lauschten wir, wenn der Norddeutsche Lloyd, Hapag und andere lobend erwähnt wurden.

Der Krieg brachte unserer Handelsschiffahrt schwere Prüfungen. Hunderte von Millionen an Wert wurden zum Stillstand verurteilt. Der über die gesamte Welt verstreute Betrieb hörte Anfang August 1914 mit einem Schlage auf. Von den rund 5 Millionen deutscher Kauffahrteischiffstonnage sind 2 Millionen 116 000 Tonnen — auf 630 Schiffen — dem Feinde verfallen, d. h. 74 Schiffe mit 187 000 Tonnen wurden auf See gekapert, die übrigen wurden beschlagnahmt. Während unsere Reedereien zurzeit im allgemeinen nur Verluste haben, Aufwendungen für die größtenteils still liegenden Schiffe machen müssen, ohne nennenswerte Einnahmen zu erzielen, werden von den feindlichen und besonders von den neutralen Reedereien riesenhafte Gewinne eingeheimst. Aus diesen kurzen Andeutungen ergibt sich, daß die Forderung unserer Handelsschiffahrtskreise nach einer Entschädigung verständlich ist.

Der Reichstag hat in seiner kurzen Sitzungsperiode im Juli nicht Zeit gefunden, sich eingehender mit der Gesetzesvorlage über „die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte" zu beschäftigen. Sie wurde zur Vorberatung dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Aus dessen Beratungen gehen die divergierenden Meinungen über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Gesetzesvorlage bereits hervor. Sogar von Abgeordneten derselben Partei wurden sich diametral gegenüberstehende Ansichten geäußert. Die einen forderten ziemlich unumschränkte Unterstützung der Reeder, die anderen ließen Bedenken laut werden bezüglich der finanziellen Tragweite des Gesetzes und machten darauf aufmerksam, daß, wenn die großen Reedereien unterstützt würden, auch andere Betriebe, die ähnlichen Schaden erlitten haben, ihre Ansprüche anmelden würden. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß sich nach dem Friedensschluß voraussichtlich eine glänzende Konjunktur für das Schiffahrtsgewerbe ergeben würde, die gestatte, die Verluste aus eigener Kraft zu tragen. Endlich fand sich auch der Vorschlag, das Reich solle in eigener Regie Schiffe bauen, und der Gedanke an ein Reichsschiffahrtsmonopol tauchte auf. Man erkennt, die Materie bedarf noch der Klärung, und deshalb muß die vorläufige Ablehnung der Gesetzesvorlage durch das Plenum als berechtigt anerkannt werden, wenngleich natürlich den Reederkreisen Enttäuschung wurde und sich nun Stimmen hören lassen, die von der Schädigung vaterländischer Interessen sprechen.

Alle Bedenken gegen die Entschädigungen, alle Ueberlegungen hinsichtlich von Einzelheiten, soweit es die Art der Zahlung, die Verwendung der Gelder, die Kontrolle u. a. m. anlangt, sollte dem Leitgedanken untergeordnet werden „sofort nach dem Friedensschluß liegt es im nationalwirtschaftlichen Interesse, daß eine möglichst große Zahl leistungsfähiger deutscher Schiffe für den überseeischen Verkehr zur Betriebsaufnahme bereit liegt." Es bedarf kaum des Hinweises, daß unserem wirtschaftlichen Leben nur gedient werden wird, wenn die Konkurrenz durch die deutsche Handelsschiffahrt zu möglichst rascher Senkung der Frachtraten gezwungen wird. Je mehr Schiffe Deutschland in dem Augenblick, da die Freiheit in der Benutzung der Weltmeere wiederhergestellt ist, zur Verfügung hat, um so schneller werden der heimischen Industrie die dringend notwendigen Rohstoffe zugeführt werden können, die es ermöglichen, behufs Besserung der Valuta Exportware anzufertigen. Wenn das Gesetz über den Wiederaufbau unserer Handelsflotte in seiner endgültigen Fassung nicht den erwähnten Ansprüchen genügt, hat es seinen Zweck verfehlt.

Auf welche Weise die Forderung auf eine große, möglichst sofort nach dem Friedensschluß zur Ausfahrt bereitliegende Handelsschiffsflotte erfüllt werden kann, darüber wird man sich baldigst schlüssig werden müssen. Selbstverständlich ist anzunehmen, daß wenn die Beendigung des Krieges in nahe Sicht rückt, die gesamte einschlägige Industrie in die Lage versetzt wird, sich für die Friedensaufgaben vorzubereiten, das heißt, daß zum Beispiel die Werften ihre Betriebe vom Kriegsschiffsbau auf den Kauffahrteischiffsbau umstellen, daß an Bord sämtlicher nun im Dienst der Kriegsmarine stehender Handelsdampfer Vorbereitungen getroffen werden, um sie ihrer

Ein neuer Erlaß Kerenskis an das russische Volk.

Ein neuer Mordanschlag gegen Kerenski.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

b. Stockholm, 10. August.

Kerenski hat folgenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen: „In dieser für das Vaterland so schweren Zeit soll die rekonstruierte provisorische Regierung die Bürde der höchsten Macht tragen. Die Offensive des Feindes, die einsetzte, während im inneren Reich Unordnung herrschte, bedroht Rußlands Dasein. Nur unerhörte heldenmütige Anstrengungen vermögen das Vaterland zu retten. Nur eine eisenharte Institution unter den harten Bedingungen der militärischen Notwendigkeit, sowie des Volkes opferwilliger Begeisterung können eine starke und schaffende Regierungsmacht zusammenschmieden, die das Vaterland von Feinden säubern, und alle lebenden Kräfte des Landes veranlassen kann, an der großen Rekonstruktionsarbeit der Wiedergeburt des Vaterlandes teilzunehmen. Bewußt ihrer heiligen Pflicht dem Vaterlande gegenüber, wird die Regierung vor keinen Schwierigkeiten oder Hindernissen zurückscheuen, wenn es gilt jenen Kampf zu führen, dessen Ausgang Rußlands Zukunft entscheiden soll

In dem Bestreben nach diesem Ziele, alle lebenden Kräfte des Landes auszunützen, wird die Regierung jene unumgänglichen Maßnahmen für eine Staatsorganisation treffen, die treu mit ihren Prinzipien übereinstimmt. Wenn die provisorische Regierung zu dieser Arbeit schreitet, wird sie Kraft in der Vergewisserung schöpfen, daß sie Hilfe und Unterstützung in der Vernunft des russischen Volkes finden wird. Die provisorische Regierung setzt ihren festen Glauben darein, daß die ganze unüberwindliche Macht der Revolution für Rußlands Wohlergehen ausgenützt wird, wie auch für die Wiederaufrichtung ihrer Ehre, die durch Verrat, Kleinmut und Feigheit verletzt wurde. Die Regierung ist davon überzeugt, daß die russischen Bürger in der historischen Stunde, da des Vaterlandes Schicksal entschieden wird, dem Feinde gegenüber Meinungsverschiedenheiten, die sie untereinander scheiden, vergessen werden und sich vereinigen werden in opferwilligen Taten. Die Regierung ist überzeugt, daß das russische Volk den bevorstehenden Prüfungen mit dem großzügigen Entschlusse, sie zu überwinden, begegnen wird. Vor einer derartigen Einigkeit wird weder der äußere Feind noch die inneren Mangelhaftigkeiten irgendwie zu fürchten sein. Eine Freiheit, die zusammengeschweißt ist von der Einigkeit und nationalen Begeisterung, wird nicht vernichtet werden können. Diese Freiheit wird das russische Volk durch Blut und Leiden einer sorgenfreien Zukunft entgegenführen und wird ein neues freies großes Rußland zum Glücke der Menschheit ins Leben rufen."

b. Stockholm, 10. August.

„Russkoje Wolja" zufolge wurden drei Individuen verhaftet, die einen Mordanschlag auf Kerenski planten. Die Männer sind Mitglieder eines Geheimbundes, der beschlossen hat, Kerenski zu ermorden. Während der Untersuchung erklärten die drei, sie seien Bolschewiki, aber die bolschewikifeindliche Zeitung „Russkoje Wolja" gibt selbst zu, daß sie Provokatoren sind. Einer von ihnen gehörte der Ochrana an.

Ueber die Ermordung des Generals Erdely, der kürzlich zum Chef des Petersburger Militärdistrikts vorgeschlagen war, erfährt „Russkoje Wolja", daß er meuchlings von einer Gruppe Soldaten erschossen wurde.

Rotterdam, 10. August.

Aus Petersburg wird gemeldet: In der ersten Sitzung des neuen Kabinetts gab Tereschtschenko Erklärungen ab über seine bevorstehende Reise ins Hauptquartier, die den Zweck hat, mit dem neuen Oberbefehlshaber zu einer Uebereinstimmung zu gelangen über die Bedingungen, unter denen dieser den Oberbefehl übernahm.

Die englischen Arbeiter für die Stockholmer Konferenz.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 10. August.

Aus London wird gemeldet: Auf der heute abgehaltenen Versammlung des Ausschusses der Arbeiterpartei wurde der Beschluß vom 26. Juli, der Partei zu empfehlen, die Politik der Konferenz von Manchester zu ändern und **Abgeordnete nach Stockholm zu entsenden,** mit einer Mehrheit von 3 Stimmen aufrechterhalten. Henderson soll in diesem Sinne gesprochen haben.

Es ist wahrscheinlich, daß die Arbeiterpartei acht, der Kongreß der Fachvereine acht und die Delegierten, die am Kongreß der Arbeiterpartei beteiligt sind, acht Vertreter für Stockholm wählen werden. Außerdem werden die unabhängige Arbeiterpartei, die englische sozialistische Partei und die Fabian Society das Recht haben, jeder vier Personen abzuordnen. Der Petersburger Korrespondent der „Daily Mail" drahtet, für die öffentliche Meinung in Rußland sei es von größter Bedeutung, daß die englischen Arbeiter die Stockholmer Konferenz akzeptierten. Der Bund der Transportarbeiter beschloß, sich jeder Entscheidung des Kongresses anzuschließen.

Genf, 10. August.

Zu den Ausstreuungen über angeblich neue Friedensanbahnungen seitens der Mittelmächte wird Pariser Blättern aus New-York gekabelt, die Hearstpresse gebe sich alle erdenkliche Mühe, die Friedensbewegung wieder in Fluß zu bringen, vornehmlich durch das Projekt des sogenannten Kongresses der Nationen. Allem Anscheine nach wolle Senator Stone im Senate eine große Friedensrede halten, aber Lansing bereite schon eine Gegenrede in der Madison-Hall vor.

eigentlichen Bestimmung zurückzugeben. Es wird einer vorzüglichen Organisation bedürfen, um in weitem Umfang den Ansprüchen der Handelsmarine gerecht zu werden. Wenn Mars aufgehört hat, die Stunde zu regieren, werden der königliche Kaufmann und der königliche Reeder, wie sie in unseren Hansestädten zu finden sind, die Zügel der Regierung in die Hand nehmen. Ihrer Leitung darf sich die Handelsschiffahrt getrost anvertrauen.

Vielleicht wird eingewendet werden, „bleibt nicht erst abzuwarten, wie der Friedensschluß ausfällt, ob dann Aussicht vorhanden ist, daß sich unsere Schiffahrt gewinnreich betätigen kann?" Bezüglich unseres Ueberseehandels sollte man nicht zu schwarzseherisch denken. Die heut noch in den Köpfen unserer Feinde spukenden Projekte über Handelsboykott und anderes mehr werden sich menschlicher Voraussicht nach beim Friedensschluß verflüchtigen. Der „Economist" schrieb treffend: „Jedes Kind weiß, daß alle die törichten Pläne, die nun gefaßt werden, um den deutschen Handel auszumerzen, ins Wasser fallen werden, ins Wasser fallen müssen. Denn, wagt einer der Leute, die jetzt so weise reden, im Ernst zu behaupten, er würde, wenn er nur tüchtig Geld verdienen kann, etwa mit den Deutschen keinen Handel treiben? Wir werden die deutschen Kaufleute im Lande ebenso wenig entbehren können wie den deutschen Handel überhaupt."

Wenn der von Millionen Menschen erhoffte Frieden zustandekommt, — d. h. der Frieden, der das Recht vor die Macht setzt, der bestimmt, daß die Streitigkeiten der Völker durch den Spruch eines internationalen Schiedsgerichts geregelt werden — dann haben wir nicht nötig, in Sorge zu sein um unsere Handelsaussichten und um unsere Handelsschiffsbetätigung. Wie sich beim Ausbruch des Krieges unsere Kaufleute und Industriellen trefflich den Verhältnissen anzupassen wußten, die Friedens- auf die Kriegswirtschaft in kürzester Zeit umgeschaltet wurde, so wird es auch nach dem Friedensschluß der Fall sein.

Alle anderen Ueberlegungen und Einsprüche hinsichtlich des Gesetzes über „die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte" sind nebensächlicher Natur. Fraglos ist zu erwarten, daß, wenn man den Reedereien Entschädigungsgelder zufließen läßt, auch andere Betriebe Ansprüche geltend machen werden. Es wird allerdings Salomonischer Weisheit bedürfen, um hier gerecht abzuwägen. Die Regelung der Kontrolle wird ferner nicht einfach sein. Voraussetzung für die Annahme des Gesetzes bleibt, daß die Volksvertreter auf Grund der derzeitigen Kriegslage das Vertrauen bzw. den Wagemut aufbringen, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Nur vor einem sollte man sich im Fall der Annahme des Gesetzes hüten, vor dem Spielen mit der Idee einer Verstaatlichung unserer Handelsschiffahrt. Das Mitglied der Handelskammer Bremen, Herr Ed. Achelis, äußerte vor kurzem: „Die Kraft der deutschen Volkswirtschaft ist so groß, daß sie nach dem Friedensschluß in der Lage sein wird, nicht nur selbsttätig sich von neuem zu erheben, sondern auch im Wettbewerb siegreich zu bestehen. Aber nur, wenn ihr die notwendige Freiheit wiedergegeben wird. Wir bedürfen einer Schiffahrt, die sich nach eigenen Bestimmungen bewegen muß. Ihre Führung bleibe daher dem freien Wettbewerb auf den Weltmeeren überlassen, und der Leitung einer Zunft, die aus jahrhundertlanger Erfahrung Einsicht und Kraft gewonnen hat." Jeder Sachverständige dürfte diesen Worten zustimmen. Ehe unsere Kauffahrteischiffahrt sich Fesseln irgendwelcher Art anlegen läßt, wird sie zu ihrem eigenen Vorteil auf Entschädigungen verzichten, denn jede obrigkeitliche Einmischung in den bisher mit geringer Einschränkung mustergültig zu nennenden Betrieb würde voraussichtlich zum Verhängnis werden.

Wie auch die Entscheidung des Reichstags über die Wiederherstellung der deutschen Handelsschiffahrt fallen wird, wir dürfen das Vertrauen haben, daß es unseren an Intelligenz reichen Reedereien gelingen wird, beim Friedensschluß den dann auftretenden Ansprüchen gerecht zu werden. Wir erwarten, daß sie, unterstützt durch unsere hervorragende Schiffbauindustrie, mit frischem Unternehmungsgeist den friedlichen Wettbewerb auf den Hochstraßen der Nationen glückhaft wieder aufnehmen werden.

Die Diktatur Venizelos'.

Athen, 10. August. (Havas.)

In einer bewegten Kammersitzung hielt Venizelos eine Rede, in der er die Machenschaften, die die gegenwärtige Lage herbeigeführt haben, verdammte und hinzufügte, daß er entschlossen sei, außerordentliche Maßnahmen einzuleiten, und wenn nötig, selbst zur Diktatur zu greifen, um alle Maßnahmen zu bekämpfen, die sein Werk stören könnten. Er schloß mit der Erklärung, er sei sicher, die große Mehrheit des Volkes für sich zu haben.

In der Kammer ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Einsetzung einer Marinekommission vorsieht, die sich über die Fähigkeiten der Offiziere bis zum Kapitänsrang äußern soll. Die Fälle der höheren Offiziere werden dem Ministerrat vorgelegt werden, um eine Reinigung in der Kriegsmarine vorzunehmen.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtlich. Berlin, 9. August. (W. T. B.)

Im Aermelkanal und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum vier Dampfer und zwei Segler versenkt, darunter englischer Dampfer „Glenstrae" (4718 Tonnen) mit Jute, Mais u. a., ferner zwei bewaffnete, tief beladene Frachtdampfer, deren Namen und Ladung nicht festgestellt werden konnte. Die Ladungen der übrigen Schiffe bestanden aus Sprengstoffen, Holz, Benzin, Benzol, Oel und Kaffee.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 9. August.

Den Blättern zufolge wurde der norwegische Dampfer „Hallbjorg", früher „Marken", 2586 Bruttotonnen, 15 Meilen von Huelva von einem deutschen U-Boot versenkt.

Die Sowjetvertreter in Italien.

Streit unter den italienischen Sozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 10. August.

Infolge der Anwesenheit der Delegierten des Sowjet in Italien ist zwischen den beiden sozialistischen Richtungen, den interventionistischen Reformern und der kriegsgegnerischen Avanti-Partei ein Wettrennen um die Gunst der russischen Gäste losgegangen, dessen eigentliches Ziel indessen innenpolitischer Natur ist. Die Presse beider Teile bemüht sich, ihren Lesern klar zu machen, daß hinter der von ihr vertretenen Auffassung über Krieg und Frieden der russische Arbeiterrat stehe, das heißt, die Großzahl des russischen Volkes. Beide italienischen Sozialistengruppen haben indessen im direkten Meinungsaustausch mit den russischen Genossen verschiedentlich schmerzliche Konzessionen machen müssen, so die Reformsozialisten als nach einer Bankettrede Minister Bissolatis in Castel-Gandolfo bei Rom, in der Bissolati auf das Reformwerk Kerenskis trank. Die Delegierten des Sowjet erklärten, sie könnten ein Glückwunschtelegramm an den Diktator nicht unterzeichnen, da ihnen zurzeit der Stand der innerpolitischen Verhältnisse Rußlands nicht genügend bekannt sei. Zu ihren Erwiderungsreden stellten dann die Russen Lenin nicht als Verräter, sondern als weltfremden Idealisten dar.

Die offiziellen Sozialisten mußten die in Ententeregierungskreisen allgemein gültige Auslegung der Formel ohne Annexionen und Entschädigungen im Munde ihrer vermeintlichen kriegsgegnerischen Gesinnungsgenossen aus Rußland wie einen Schlag empfinden. Es fehlt denn auch nicht an Stimmen im Schoße der Partei, die die Haltung der italienischen Sozialdemokratie gegenüber den Vorgängen in Petersburg tief bedauern und verurteilen, so der Abgeordnete Treves, der in der Zeitung „Critica Sociale" schreibt: „Wenn schon die Parteinahme der offiziellen Sozialisten Italiens für die von Lenin geführte kleine Oppositionsgruppe im höchsten Grade ungeschickt gewesen ist, so ist es die heutige Inkonsequenz in den Gesandten des Sowjet Parteigenossen begrüßen zu wollen, noch viel mehr. Ein rascher Friede wird keinesfalls im Zeichen Lenins, sondern viel eher in demjenigen Kerenskis geschlossen werden, der heute die revolutionäre Macht darstellt." Die bürgerliche Presse Italiens versäumt nicht diesen Streitfall im Lager der verhaßten inneren Feinde gehörig auszuschlachten, und man darf heute schon die Ansicht aussprechen, daß, das mit den russischen Delegierten versuchte Manöver dem italienischen Sozialismus als solchem, in innerpolitischer und parlamentarischer Beziehung stark geschadet hat.

• Dem Landrat v. Pommer-Esche aus Grätz in Posen ist die Verwaltung des Kreises Grafschaft Hohenstein übertragen an Stelle des in den Ruhestand übergetretenen Landrats Schaeper. Der neue Landrat ist ein Sohn des früheren Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

Das befriedigte Zentrum.

Gegen die Parlamentarisierung.

Im heutigen Morgenblatt haben wir mitgeteilt, daß Herr Spahn, der neue preußische Justizminister, nicht wieder für den Reichstag kandidieren werde, womit dargetan ist, daß er sich nicht mehr als Volksvertreter, sondern nur noch als Beamter fühlt. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß die „Germania" in einem Leitartikel erklärt, in dieser „Parlamentarisierung der Regierung" sei „die Grenze" zu erblicken, bis zu der „die verantwortlichen Ratgeber der Krone" zu gehen gedächten, und diese „Grenze" decke sich „durchaus mit dem, was das Zentrum als wünschenswert bezeichnet und erstrebt hat". Diese letztere Bemerkung ist nicht ganz zutreffend, denn beispielsweise der Abgeordnete Erzberger, der ja noch zum Zentrum gehört, hat keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß er die Einführung eines wirklichen Parlamentarismus, des parlamentarischen Systems, für absolut notwendig hält. Aber da die „Germania" das offizielle Zentrumsorgan ist, so muß in der Tat angenommen werden, daß die Parteileitung vollkommen befriedigt ist und auch in der Ueberzeugung lebt, das deutsche Volk müsse nun vollkommen befriedigt sein, weil Herr Dr. Spahn, bisheriger Führer des Zentrums, den Posten des Justizministers erhalten hat. Die „Germania" fügt den Ausführungen, in denen sie sich für gesättigt erklärt, dann noch einige Sätze an, die beweisen sollen, daß das Zentrum trotzdem mannhaft, tapfer und unentwegt mithelfen wird, „noch manches" den „Forderungen der neuen Zeit" anzupassen. Sie schreibt:

„Damit wird freilich nicht gesagt sein können, daß nun der Kampf um die Macht des Parlaments, der in diesem Juli so energisch einsetzte, beendet sei. Nicht ohne Grund schreibt heute auch Frhr. von Richthofen, der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete, daß wir die Frage der parlamentarischen Regierung als wichtigste Forderung mit in die kommenden innerpolitischen Kämpfe hinüber nähmen. Ihretwegen würden sich die Geister rechts und links scheiden. Wir möchten das mit einer Geste nach rechts unterstreichen, wo man unserem wiederholt an dieser Stelle zum Ausdruck gebrachten Empfinden nach für diese kommenden Auseinandersetzungen noch recht viel im Punkte der Taktik zu lernen hat. Wir alle, rechts und links, sind uns darin einig, daß das Beste für unser Volk gefunden werden muß. Dieses Beste kann nicht im krampfhaften Festhalten an jeder Einzelheit des Uebertommenen liegen, vielmehr stehen wir auf dem Standpunkt, daß noch manches, bei allem Festhalten der bewährten Grundsätze, in unserem Verfassungsleben den Forderungen der neuen Zeit angepaßt werden muß. Die Regierung hat das als berechtigt anerkannt, indem sie den Forderungen der Parteien in gewissem Grade entgegenkam. Auf anderen Gebieten ist weiteres möglich und nötig. Der Verfassungsausschuß des Reichstags hat dafür dankenswerte Vorarbeiten geleistet; sie im richtigen Gleise zu halten, wird nicht nur die Kunst, sondern auch die Verantwortung der nächsten Zukunft sein."

Also, einerseits ist das Zentrum der Meinung, daß „die Grenze" des Wünschenswerten und Erstrebenswerten erreicht sei, andererseits aber wird „die Frage der parlamentarischen Regierung" in Uebereinstimmung mit Freiherrn v. Richthofen als „wichtigste Forderung" bezeichnet. Wir sehen in diesen schönen Wendungen über „das Beste für unser Volk" und über noch zu lösende Aufgaben einstweilen nur einen Versuch, die Tatsache angenehm zu verschleiern, daß man zum Dank für die Berufung des Herrn Spahn die dringlichen und unabweisbaren „Forderungen der neuen Zeit" so lange als möglich unerfüllt lassen will. So lange als möglich — denn auch im Zentrum dürfte man sich wohl fragen, ob eine wirkliche Parlamentarisierung eine Neuteilung von Macht und Verantwortung, eine Umwandlung des Obrigkeitsstaates in einen Volksstaat, sich auf die Dauer vermeiden lassen wird. Wir sind fest überzeugt, daß unter dem Druck der Notwendigkeiten die „Grenze", die sich „die Ratgeber der Krone" und das Zentrum gezogen haben, sehr bald überschritten werden wird, und dann wird das Zentrum, das ja auch in der Friedensfrage, gleich anderen Reichstagsparteien, seinen Standpunkt etwas geändert hat, seine Forderungen und sich selber abermals „der neuen Zeit anpassen" müssen. Für den Augenblick macht es ja keinen sehr erhebenden Eindruck, daß die Zentrumspartei schon stolz und zufrieden ist, weil einer der Ihrigen sich nun Minister nennen darf, und es wirkt auch nicht gerade sehr großartig, daß Herr Spahn nicht die Volksvertretung in der Regierung repräsentieren will, sondern es vorzieht, ein

Frauen im Feuer.

Von [Nachdruck verboten.]

Frank Thloss.

Russische Berichte erzählen, wie ein Frauenbataillon bei Tarnopol seine Feuertaufe erhalten hat. Die unbezwingbare Tapferkeit der Kämpferinnen sei so groß gewesen, daß sie alle Soldaten mit sich fortgerissen habe. Miß Panthurst, die zurzeit als gehorsame Agentin der englischen Regierung in Rußland umherreist, nannte die Bildung dieses Frauenbataillons das größte Ereignis der Weltgeschichte. Bald darauf konnte man sogar in einer halbdunklen deutschen Damengeitschrift lesen: Seht ihr? Wir Frauen! Sagt, worin sind die Männer uns noch überlegen?

Die Frau ist tot. Es lebe die Suffragette! Es ist durchaus denkbar, daß diese russischen Amazonen auf ihre Kameradinnen, die als Krankenschwestern oder Straßenbahnschaffnerinnen dem Staate dienen, verächtlich hinabsehen. Es ist durchaus möglich. Heutzutage ist beinahe alles möglich.

Ich erinnere mich, daß man zu Beginn des Krieges erzählte, in französischen Schützengräben seien oft elegante „Damen" zu Besuch gekommen. Sie hätten den Krieg schrecklich interessant gefunden und zu den Poilus gesagt: „Ach, Kleiner, laß mich auch mal auf die Boches abdrücken. Es knallt so nett." Damals glaubte ich es nicht. Heute ...? Lieber Gott, warum soll es ihnen nicht Spaß gemacht haben! Doch dies nur in Parenthese.

Also: Zur Ehre der russischen Frau sei angenommen, daß auch ihre Feuertaufe nur ein zwar grausames und blutiges, aber doch im Innersten unaufrichtiges Theater war, brutalem Zweck dienend. Der Furor dieser Panthursterinnen sollte helfen, den erlöschenden Kriegsgeist des russischen Soldaten neu anzublasen. Zu ihrer Ehre sei angenommen, daß sich ihnen nach dem ersten Gefecht das Herz vor Schauer und Entsetzen umwandte und daß sie begriffen haben, es könne niemals in der Bestimmung des Weibes liegen, sich der fürchterlichsten Organisation einzureihen, die der Menschengeist erfunden hat: der Organisation der Vernichtung.

Lassen wir aber zunächst die „Bestimmung des Weibes" beiseite. Für viele Frauen liegt sie darin, stets unbestimmbar zu bleiben. Und das sind vielleicht die Besten. Denn sollte es wirklich so gewesen sein, daß jene Soldatinnen des Frauenbataillons in sich die Bestimmung gefühlt hatten, „mitzumachen" und mit Gott für provisorische Regierung und Vaterland selber gegen den Feind anzugehen, so wäre das etwas unsäglich Trauriges und beweise nur, daß auch jenes letzte Eiland unblutiger Reinheit, das sich die Menschheit in dieser Sintflut des Mordens bewahrt hat, überspült zu werden droht: die Frau. Die Frauen, in deren Macht es nicht lag, diesen Krieg abzuwenden (wir wollen vergessen, wie viele von ihnen ihm zujubelten), die aber ihre Gesundheit und ihre Jugend dafür einsetzten, daß das Leid der Männer gelindert werde. Diese Frauen fühlen sich nach drei Jahren Krieg plötzlich berufen, ihr Werk zu zerstören und einem falschen Heroismus den Adel ihrer Reinheit hinzuwerfen —! Sie sehen darin gar einen Triumph über den Mann, einen Weg, ihn seiner Ueberlegenheit zu entkleiden und so das lächerliche und nie bestehende Problem gegenseitigen Wertverhältnisses zu ihren Gunsten zu lösen.

Wie unsäglich flach! Denn noch nie war eine Frau ihrem Manne darum unterlegen, weil sie zu Hause um ihn bebte, derweil er im Felde und im Feuer stand. Die Teilnahme am Krieg ist kein Kriterium für Ueberlegenheit, nicht einmal ein Kriterium für Vaterlandsliebe, und am allerwenigsten eines für seelische Größe, zumal jetzt, wo im vierten Kriegsjahr die Welt nicht mehr weiß, wie sie aus dem Inferno heraus soll, in das sie kriegsbegeistert hineingetaumelt ist. Gleichwohl — welche wunderbolle Gebärde absoluter Hingebung jene Kriegsfreiwilligen, die zu den Fahnen stürmten, welch ein Rausch des Opferns, welch ein Wille zum Leid um zukünftigen Glückes halber! Und welch ein Unterschied zwischen diesen und jenen ... Denn wenn die Jungfrauen von Orleans erklären: „auch wir taten uns zur Verteidigung des bedrängten Vaterlandes zusammen, da unsere Männer nicht mehr wollten", wird man ihnen nicht antworten: Ihr Törinnen, wohin rast ihr? Wenn Männer den Frieden wollen, dann soll das Weib nicht mehr nach Krieg schreien. Sündrinnen seid ihr an euren eigenen Gatten und Brüdern. Denn wer zwingt euch, wider einen Feind zu kämpfen, in dem die Sehnsucht nach Frieden nicht kleiner ist als in eurem eigenen Lande? Wer griff an? Ihr oder jene? Eure Lazarette aber sind überfüllt mit Sterbenden und Gequälten, eure Sensen rosten, statt die rauschende Frucht zu schneiden, tausendfache Friedensarbeit mitten im Kriege harrt eurer, falls ihr des Vaterlandes Not lindern wollt, und ihr peitscht das scheuende Pferd nur noch schärfer hinein in den Abgrund? Oder glaubt ihr wirklich, daß eure Frauenbataillone dem Krieg eine andere Wendung geben können? Neue Bataillone bringen heute keine großen Wendungen mehr. Die großen Wendungen kommen von ganz anderer Seite.

Allerdings — eine Wendung dürfte auch die Teilnahme der Frau am Kriege haben (wie dringlich möchte man das den deutschen Schwestern der russischen Amazonen sagen!) daß ist die Wendung der Sitte.

Der Anblick tierischen Handgemenges, zerfetzter Leiber, brüllender Qual, entmenschter Leidenschaft, die ganze Furchtbarkeit und Unsäglichkeit des Krieges, dessen tapferes Ertragen wir den Männern da draußen nie vergessen werden, er kann die zarte Struktur einer Frauenseele nur zerbrechen oder entsittlichen, und eines wäre so furchtbar wie das andere.

Frau Pankhurst freilich triumphiert. Ihre Suffragetten stürmten in London 1913 Museen und Villen. Was für eine fruchtbringende Entwicklung, daß ihre russischen Jüngerinnen nun 1917 Schützengräben und Verhaue stürmen und dabei richtig auf Männer schießen können. Ich aber entsinne mich, daß einst, vor grauen Jahren, die Geschlechter nicht für sich, sondern füreinander geschaffen wurden. Und liebten wir nicht jene Frauen am meisten, die beim Spaziergang die Schnecke vom Wege ins Gebüsch trugen, daß sie nicht der Fuß eines Wanderers zertrete?

Vielleicht aber ist diese sentimentalische Betrachtung über die Frauen, die im Feuer stehen, wirklich ganz überflüssig; ganz überflüssig und viel zu ernst. Denn ich kann mir wohl denken, daß der liebe Gott einem, der sich vor seinem Throne darüber beklagte, mit verzeihendem Lächeln erwidern könnte: „Kürchte nichts Dauerndes, mein Sohn. Auch sie werden ihrer Bestimmung nicht entgehen. Denn die wahre Bestimmung der Frau ist nicht die Vernichtung, sondern die Vermehrung des Menschengeschlechts."

△ **Johannes Messchaert,** ein gebürtiger Holländer (der Künstler wurde in Hoorn in Holland geboren), wird am 22. August 60 Jahre alt. Johannes Messchaert wird den Tag in Bad Kreuth bei Tegernsee verleben, wo er sich zur Erholung aufhält. In seiner Heimat Holland plant man, wie uns geschrieben wird, eine große Feier des Geburtstages, und auch die zahlreichen Freunde und Verehrer seiner Kunst in Deutschland werden sich seiner dankbar erinnern. Der ausgezeichnete Künstler ist Professor an der Berliner königlichen Hochschule für Musik.

Z **Nikisch-Konzert in Holland.** Aus dem Haag telegraphiert unser Korrespondent: Am Donnerstag fand in Scheveningen das lange angekündigte und mit großem Interesse erwartete Konzert Nikischs statt, das Intendant v. Gerlach veranstaltet hat. Der Erfolg vor einem glänzenden den Kursaal füllenden Publikum war außerordentlich groß. Klare Duz, Hofopernsänger Schwarz und das vortreffliche Haager Residenz-Orchester hatten Teil an dem enthusiastischen Beifall, der Nikischs bezaubernder Kunst am Schluß des Konzerts gespendet wurde. Der deutsche Gesandte, Dr. Rosen und die Mitglieder der Gesandtschaft wohnten dem Konzert bei.

angestellter Beamter zu sein. Aber das sind kleine Schwachheiten in einer großen Entwicklung, die weitergeht.

Das Königswort.

Die preußische Wahlrechtsfrage.

Die königliche Verheißung des gleichen Wahlrechts für Preußen wird in der rechtsstehenden Presse jetzt dahin ausgelegt, daß das Versprechen schon dann eingelöst sei, wenn der entsprechende Gesetzentwurf im Landtage von der Regierung eingebracht sei. Ob der Entwurf dann abgelehnt oder irgendwie im konservativen Sinne abgeändert, d. h. also in sein Gegenteil verkehrt werde, sei eine andere Sache. Dieses Spiel ist schon einmal, nach dem Versprechen der Thronrede vom 20. Oktober 1908 versucht worden. Damals aber schrieb das offizielle Organ der konservativen Partei, die „Konservative Monatsschrift", ausdrücklich:

„Das Versprechen der Krone legt der Volksvertretung an sich keine Pflicht auf, bindet aber die Krone, seine Einlösung so lange zu versuchen, als sie ein Staatsministerium findet, das bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen."

Wir halten diese Schlußfolgerung für selbstverständlich.

Die kommunale Wahlrechtsfrage.

Ein fortschrittlicher Ausschuß in Groß-Berlin.

Die Fortschrittliche Volkspartei in Groß-Berlin hat einen Ausschuß eingesetzt, der Richtlinien für die Behandlung wichtiger gemeindlicher Fragen, die das Gebiet Groß-Berlin berühren, aufstellen soll. Dabei handelt es sich um die Reform des Wahlrechts für die Gemeinden. Der Ausschuß setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Abg. Kopsch (Stellvertreter Abg. Dr. Mugdan), Abg. Cassel, Abg. Mommsen, Abg. Meyer (Frankfurt), Stadtverordneter Jodel (Schöneberg), Direktor Gehl (Wilmersdorf), Redakteur Frenz (Steglitz). Der Ausschuß wird dem Groß-Berliner Parteitag Bericht erstatten.

Die Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst.

Eine Schrift des früheren Staatssekretärs Delbrück.

Der verdienstvolle frühere Leiter des Reichsamtes des Innern, Dr. v. Delbrück, dessen Rede- und Geschäftsgewandtheit der Reichstag gerade in der letzten Zeit sehr oft vermißt hat, veröffentlicht im Verlage von Gustav Fischer in Jena eine interessante Schrift über „die Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst in Preußen". Dr. Delbrück, der seit seinem Rücktritt vom Amt bekanntlich an der Jenaer Universität Staatswissenschaften lehrt, macht hier, aus seiner Verwaltungspraxis heraus, einige bemerkenswerte Reformvorschläge. Er geht von einer grundsätzlichen Trennung der Vorbereitung für die Verwaltung und Justiz aus und will die jetzt übliche Beschäftigung derjenigen Referendare, die die Verwaltungslaufbahn einschlagen, bei der Gerichtsbehörde beseitigt wissen. Das Studium auf der Universität, sagt er, sei so auszugestalten, daß es in erster Linie (neben dem Verwaltungsrecht) eine gründliche Kenntnis der Staatswissenschaften vermittele. Die praktische Ausbildung habe, wie bisher, mindestens 3¾ Jahre zu dauern. Sie beginne mit einer mindestens einjährigen Beschäftigung bei einem Landrate. Dazu trete eine dreimonatige Beschäftigung bei einem Bürgermeister. Die übrige Zeit müsse auf die verschiedenen Regierungsabteilungen und den Bezirksausschuß verteilt werden. Sei nach dem Gutachten des Regierungspräsidenten der Referendar nach Ablauf der vorgeschriebenen Vorbereitungszeit von 3¾ Jahren für fähig zu erachten, die bei einer Regierung vorkommenden Dezernate selbständig zu bearbeiten, so habe seine Ueberweisung an eine Verwaltungsakademie zu erfolgen. Hier sei die Beschäftigung auf neun Monate auszudehnen. Neben den allgemeinen Vorlesungen seien auf dieser Akademie praktische Uebungen über Fragen des Staats- und Verwaltungsrechtes und der Volkswirtschaftslehre zu treten. In diesen müsse jeder Referendar mindestens zwei wissenschaftliche Arbeiten liefern. Für die große Staatsprüfung habe es dann bei den bestehenden Bestimmungen zu bleiben.

Die Vorschläge, die von Dr. Delbrück eingehend begründet werden, verdienen allgemeine Beachtung, sie scheinen in der Tat geeignet zu sein, den Verwaltungsbeamten mehr mit den praktischen Lebensnotwendigkeiten des Staates in Berührung zu bringen und der bisherigen rein juristisch-formalen Vorbildung ein ausgleichendes Gegengewicht zu geben.

Vor der Erhöhung der Postgebühren.

Das ansehnbare Dementi.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 10. August.

Gegenüber einem Dementi kann ich nach neuerlichen Erkundigungen an zuverlässiger Stelle bestätigen, daß es mit der geplanten Erhöhung der Postgebühren, bei der es sich keineswegs nur um eine bloße Kriegserhöhung handelt, seine volle Richtigkeit hat. Die „München-Augsburger Abendzeitung", der wir die erste Meldung entnahmen, rennet mit Recht daran, daß sich das gleiche Spiel schon vor zwei Jahren zeigte, als die erste Erhöhung bevorstand. Auch damals versicherte das Reichspostamt nachdrücklichst, an maßgebender Stelle sei von einem derartigen Plane nichts bekannt. Das Reichspostamt aber wußte nicht, daß diese Maßnahme im Reichsschatzamt geplant und bereits vorbereitet wurde.

Die geplante Erhöhung der Postgebühren soll schon in der nächsten, spätestens der übernächsten Reichstagstagung vorgelegt werden. Es dürften wohl bald die Unterhändler der Reichspost in München und Stuttgart vorsprechen. Dabei dürfte auch die Lage zwischen der Reichspost und der bayerischen Post eine neue Klärung erfahren.

Die Angestelltenversicherung im Jahre 1916.

Der Jahresbericht.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte veröffentlicht seinen Tätigkeitsbericht über das Jahr 1916. Dieser jüngste Versicherungszweig hat sich bereits zu einer Riesenbehörde entwickelt, bei der neben den Mitgliedern des Direktoriums 75 höhere Beamte und 2488 mittlere und untere Beamte beschäftigt werden. Die Haupttätigkeit des Direktoriums bestand in der Erhebung der Beiträge und in der Gewährung der freiwilligen, durch das Gesetz zugelassenen Leistungen. An Beiträgen wurden von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Jahre 1916 113 Millionen Mark eingezahlt, wofür der Reichspost an Gebühren 114 000 Mark zuflossen. Bis Ende 1916 wurden aus der eingegangenen Beitragssumme insgesamt 300 Millionen Mark für Kriegsanleihen aufgebracht. Von den freiwilligen Leistungen der Reichsversicherungsanstalt interessiert hier in erster Linie das Heilverfahren. Im Jahre 1916 gingen bei der Reichsversicherungsanstalt 24 184 Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens ein, d. h. 9105 mehr als im Vorjahre. Die Gesamtkosten für die im Jahre 1916 angetretenen und bewilligten Heilfälle betrugen 7,4 Millionen Mark. Besondere Maßnahmen hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge getroffen, um den kriegsbeschädigten Versicherten die Rückkehr in die bürgerlichen Verhältnisse zu erleichtern. Ferner sind Mittel bereit gestellt für die Berufsberatung und Umlernung kriegsbeschädigter Versicherter. Im Jahre 1916 schwebten bei der Versicherungsanstalt 95 derartige Fälle, wovon 60 bewilligt und 11 abgelehnt wurden. Endlich hat sich die Anstalt auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Anschluß an die Maßnahmen der Landesversicherungsanstalten beteiligt.

* **Der Verband deutscher Arbeitsnachweise** hat unter dem Vorsitz des Landesrats Dr. Freund in Berlin eine Vollversammlung abgehalten, der Vertreter des Reichsamts des Innern, des kaiserlichen Statistischen Amts und des Kriegsamts beiwohnten. Gegen den vom Kriegsministerium (Kriegsamt) kürzlich herausgegebenen Erlaß über die Regelung der Arbeitsvermittlung und der Behandlung der Reklamationsanträge wurden lebhafte Bedenken erhoben, die insbesondere die Stellung der öffentlichen Arbeitsnachweise und Arbeitsnachweisverbände betreffen. Eine dahingehende Entschließung soll den zuständigen Zentralstellen übermittelt werden. Die Fragen der Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung, der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung und der Arbeitsvermittlung für weibliche Personen sollen in besonderen Ausschüssen eingehende Beratung finden. Auf all diesen Gebieten will dann der Verband eine energische Tätigkeit entfalten. Dringend betont wurde von allen Seiten die Notwendigkeit des Schleunigen Ausbaues der öffentlichen Arbeitsnachweise als der Grundlage für die kommende Friedensarbeit und die Bereitstellung erheblicher Geldmittel seitens des Reiches.

E. K. Deutsche Kunst in Budapest. Aus der ungarischen Hauptstadt wird uns geschrieben: Die enge Bundesbrüderschaft des Weltkrieges hat in Ungarn ein verstärktes Interesse für alle Bekundungen des deutschen Geistes hervorgerufen. Wie schon mehrfach, äußerte dieses Interesse sich auch in diesem Sommer in dem Wunsche, deutsche Bühnenkunst großen Stiles kennen zu lernen. Ein achttägiges Gesamtgastspiel des Berliner Lessing-Theaters unter Leitung Direktor Barnowsky soll diesem Wunsch befriedigen. Trotz der drückenden Hitze war das geräumige und sehr elegante Lustspielhaus am Eröffnungsabend sehr gut besucht. Die Wahl des Eröffnungsstückes erwies sich allerdings als ein Fehlgriff. Der Gedanke, Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer" den Budapestern vorzusetzen, mag künstlerische Ursprünge haben, aber das Werk blieb unverstanden. Wenn starker Beifall laut wurde, so wurde er ostentativ der Aufführung gezollt, die von Direktor Barnowsky inszeniert und ganz auf innerliche Wirkung gestellt war. Die Träger des darstellerischen Erfolges waren Albert Steinrück als Michael Kramer von einer ergreifenden Kenschheit und Wärme des Gefühls, wenn auch gegen Schluß im Tempo gar zu schleppend, und Theodor Loos, ein menschlich interessierender Arnold.

Der zweite Abend brachte dann mit der Erstaufführung des Schauspiels „Liebe" von Wildgans, das bisher in Ungarn noch nicht zur Darstellung gebracht war, den entscheidenden Erfolg des Gastspiels. Das überfüllte Haus rief die Hauptdarsteller Loos, Lössen und Götz, sowie Ilka Grüning, die zum erstenmal die Madame Charlotte in saftigster Fülle des Lebens spielte, mit allem ungarischen Temperament immer wieder. Es war ein Ehrenabend für Barnowsky und seine Leute.

Wissenschaftliche Nachrichten. Professor Dr. R. Frhr. v. Walther von der Dresdener Technischen Hochschule hat eine Berufung an die Bergakademie in Freiberg erhalten. In Freiberg soll eine neue ordentliche Professur für Gewinnung und Verwertung der Nebenprodukte der Braunkohle errichtet und mit einem auch für die Zwecke der Bergindustrie bestimmten Versuchsinstitut verbunden werden.

Der ordentliche Professor der praktischen Theologie an der Universität Halle, Dr. Gottlob Haußleiter, vollendet am 14. August das 60. Lebensjahr.

Die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule Braunschweig dem Baudirektor des hamburgischen Staates, Professor Fritz Schumacher, verliehen.

Im Dienste für das Vaterland verstarb der Privatdozent für Germanistik an der Universität Bonn Dr. phil. Ludwig Pfannmüller im 31. Lebensjahre.

Die Entmündigung des Prinzen Friedrich Leopold (Sohnes).

Der jüngste Sohn des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ist, wie mitgeteilt, auf Antrag des Hausministers des königlichen Hauses, Grafen v. Eulenburg, wegen Verschwendung entmündigt worden. Zu seinem Vormund ist sein bisheriger militärischer Begleiter, Rittmeister v. Heyden, bestellt worden. Das Entmündigungsverfahren stützt sich auf die preußischen Hausgesetze, nach denen der jeweilige Inhaber der königlichen Gewalt als Oberhaupt des Hauses alle zur Erhaltung der Wohlfahrt und Ruhe des königlichen Hauses bestimmten Anordnungen zu treffen hat. Daraus leitet der Minister des königlichen Hauses die Befugnis zur Entmündigung, zur Vormundschaftsbestellung und zur Bestimmung etwaiger Gerichtsbehörden und des von ihnen anzuwendenden Verfahrens her. Nach der deutschen Gerichtsverfassung findet diese auch auf alle Mitglieder der regierenden Familien Anwendung, soweit nicht Landesgesetze und Hausverfassungen anderes bestimmen. Während in den übrigen konstitutionellen deutschen Staaten moderne Hausgesetze erlassen sind, ist dies in Preußen nicht der Fall. Die Bestimmungen finden sich zerstreut in Urkunden vom 26. Oktober 1726 bis 14. August 1852.

Wesentlich ist an der Anordnung des Verfahrens im vorliegenden Fall, daß die Revision beim Reichsgericht ausgeschlossen sein soll. Das Reichsgericht ist sonst für alle Deutschen die letzte Instanz in Entmündigungssachen. Außerdem ist kraft besonderer Anordnung die Entmündigung, die sonst vom Amtsgericht vorgenommen wird, in diesem Fall einem Mitglied des Kammergerichts übertragen worden. Der Prinz ist selbst persönlich noch nicht gehört und dem Vernehmen nach mit der Entmündigung ebenso wenig einverstanden wie seine Eltern. Gegen den Entmündigungsbeschluß ist die Klage ebenso wie im gewöhnlichen Verfahren zulässig, nur daß sie an das Kammergericht (Geheimer Justizrat in erster und zweiter Instanz) geht, nicht an das Landgericht. Kammergericht und Reichsgericht. Die Anfechtungsklage, mit deren Führung Justizrat Lubszynski und Rechtsanwalt Dr. Werthauer beauftragt worden sind, muß innerhalb einer Frist von einem Monat angestrengt werden.

Der Prinz soll übrigens im Begriff gestanden haben, sich mit einer deutschen Prinzessin zu verloben.

Verschlungen eines Vizepostdirektors. Aufsehen erregt in weiten Kreisen die plötzliche Suspendierung des Vizepostdirektors Hofe von seinem Amte. Hofe war früher auf dem Postamte 61 in der Bellealliancestraße tätig und wurde vor drei Jahren nach dem Bahnpostamte II am Anhalter Bahnhofe versetzt. Dienstliche Beschwerden in irgendeiner Form sind aus seiner bisherigen Dienstzeit nicht zu verzeichnen gewesen. In seiner jetzigen Stellung hatte er die Aufsicht über fast 200 Beamte und Aushilfskräfte, wobei die Aufklärung von Unregelmäßigkeiten, Unterschleifen u. dgl. ein spezielles Gebiet für sich war. Nun liefen aber seit Monaten bei dem Bahnpostamt II unausgesetzt Beschwerden darüber ein, daß Postsendungen, die das Amt passiert hätten, entweder ganz verschwunden oder doch teilweise beraubt worden waren. Mancher Postbeamte geriet dadurch in Verdacht der Unredlichkeit, und eine heimliche Ueberwachung des bediensteten Personals wurde angeordnet. Dabei wurde nun beobachtet, daß der Vizepostdirektor Hofe öfter eingelieferte Sendungen, besonders Briefpäckchen, mit in sein Amtszimmer nahm und erst später wieder herausbrachte, damit sie weiterbefördert würden. Früher hatten die Untergebenen hierbei keinen Argwohn gehegt, doch nun nach sahen sie sich die aus dem Amtszimmer zurückgegebenen Postsachen etwas näher an. Dabei wurde nun wiederholt beobachtet, daß jene unbeschädigt geöffnet und wieder geschlossen sein mußten, denn ihre Umhüllungen wiesen Veränderungen auf. Jetzt wurde der Oberpostdirektion Anzeige erstattet, die den Verdächtigten vornahm und zu einem Geständnis brachte. Für seine Verfehlungen vermochte er keinerlei Grund anzugeben. Er wurde einstweilen vom Amte suspendiert und dann von Verwandten nach einem Sanatorium gebracht, da nicht ausgeschlossen ist, daß er geistig gelitten hat. Hofe steht im Alter von 52 Jahren, ist verheiratet und Vater eines Sohnes. Die vorgesetzte Behörde hat die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben, die ein Ermittelungsverfahren eingeleitet hat.

Zu dem Totschlag auf der Berliner Straßenbahn erfahren wir, daß der Täter bisher noch nicht ermittelt werden konnte. Seine Personalien stehen jedoch schon fest. Eine Obduktion der Leiche des erschlagenen Straßenbahnführers Jellweg ist bisher noch nicht erfolgt.

Bevorstehendes Hamsterverbot für Obst.

Nur Edelobst auf dem Frischmarkt.

Zu den Ernährsverboten von rationierten Lebensmitteln soll in allernächster Zeit, wie wir erfahren, ein neues kommen, das „Hamstern" von Obst verbietet und unter Strafe stellt. Die Reichsstelle für Obst und Gemüse, die jedenfalls diesen bevorstehenden Erlaß veranlaßt hat, bleibt allerdings die Auskunft verweigert. Man hat bisher überhaupt in Groß-Berlin ohne dieses „Hamstern" Obst, sei es nun zum sofortigen Verbrauch oder zu Einmachezwecken, erhalten können. Gerade deshalb, weil eben die Obstversorgung Groß-Berlins in diesem so reichen Obsterntejahr vollständig versagte, entwickelten sich die Hamsterfahrten, die allerdings in vielen Fällen große Auswüchse zeitigten. So sollen einzelne Industrieunternehmungen ihre Angestellten in der Weise mit Obst versorgt haben, daß sie auf Bauernrichtern und Obstplantagen Obstbäume unter den willkürlichsten Preissteigerungen zur Abernte pachteten. Es wurden für Obstanhang im Werte von 5000 Mark 27 000 bis 30 000 Mark bezahlt. Aber auch Privatpersonen hamsterten in ähnlicher Weise. Täglich fuhren Tausende von Obsthamstern in die Erzeugergebiete und rissen den Bauern das halbreife und unreife Obst aus den Händen.

Die bevorstehende Beschlagnahme der Aepfel-, Birnen- und Pflaumenernte, über die wir schon berichtet haben, wird nun von selbst den Hamsterfahrten ein Ende bereiten, aber, wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, auch die Versorgung des Frischmarktes mit Obst wird auf ein Minimum beschränkt werden. Alles Obst wird den Marmeladenfabriken zugeführt werden und man wird voraussichtlich nur das Edelobst auf dem Frischmarkt belassen. Die Marmeladenfabriken brauchen acht Millionen Zentner Obst, um den Bedarf der Bevölkerung in dem kommenden Winter zu decken. Man kann sich denken, daß um diese Ziffern zu erreichen der Frischobstmarkt so gut wie gar nichts abbekommt. Es ist sehr bedauerlich, daß es infolge der unzulänglichen und nicht rechtzeitig ergriffenen Maßregeln der Behörden so weit kommen mußte, daß ein großer Teil der Bevölkerung jetzt ganz auf den Genuß des frischen Obstes verzichten muß.

Wie wir weiter erfahren, ist die Obstweinkelterei fast ganz eingestellt worden. Es dürfen in ganz Deutschland nur 300000 Liter Obstwein hergestellt werden. In größerem Umfange werden Heidelbeeren zu Wein verkeltert, da es keinen Burgunderwein mehr gibt und besonders die Lazarette in großem Maße Rotweins bedürfen.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Im äußersten Osten strichweise Gewitter, sonst noch trocken, in den meisten anderen Gegenden ziemlich zahlreiche Regenfälle.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Ohne Kühler, zunächst vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und etwas Gewitterneigung; später neue Aufheiterung.

Die Vorschläge, die von Dr. Delbrück eingehend begründet werden, verdienen allgemeine Beachtung, sie scheinen in der Tat geeignet zu sein, den Verwaltungsbeamten mehr mit den praktischen Lebensnotwendigkeiten des Staates in Berührung zu bringen und der bisherigen rein juristisch-formalen Vorbildung ein ausgleichendes Gegengewicht zu geben.

„Jahrbuch einer Seele." Unter diesem Titel gibt Walther Rithack-Stahn im Verlag von J. Fricke in Halle ein Buch heraus, dessen Blätter seltsame Schicksale gehabt haben: „In stillem Frauengemach sind sie entstanden," bemerkt der Herausgeber in einem Vorwort, „Selbstgespräche, die ursprünglich auch dem Geliebtesten verborgen bleiben sollten. Der Sturm des großen Krieges hat sie aufgehoben und in Feindesland verweht. Man zog sie aus der Brusttasche eines deutschen Gelehrten, der als Krankenpfleger ins Feld gezogen, später auf seinen dringenden Wunsch unter die Kampfenden gereiht, gefallen ist und von Franzosen geborgen wurde. In einer Pariser Zeitschrift erschienen Auszüge aus diesen Blättern, die man als Offenbarungen einer deutschen Frauenseele bezeichnete. Nach Gebrauch, unter den papiernen Abfall geraten, kam die Handschrift einem Mitfühlenden vor Augen, der sie auf Umwegen in die Heimat zurückgelangen ließ. Inzwischen gab es hier niemanden mehr, der darauf Anspruch machte. Die dies geschrieben hat, starb schon vor dem Manne in einem Feldlazarett. Auch die wenigen anderen, die in diesem Buche leben, sind im Umwetter des Krieges geblieben. So hindert nichts, das Innerste einer Namenlosen aufzutun."

Diese Aufzeichnungen einer edlen Frauenseele, die vom 1. Dezember 1912 bis zum 11. Dezember 1914 reichen, werden gewiß viele mitfühlende Leser und Leserinnen finden.

Ein Hohenzollernporträt auf der Wartburg. In der neuesten Nummer der Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins berichtet Professor Dr. Voß von einem Hohenzollernporträt auf der Wartburg, das erst in letzter Zeit aufgefunden worden ist. Von Bildnissen aus dem Hohenzollernhause, die noch aus der Blütezeit der deutschen Kunst der Renaissance stammen, ist uns nur eine kleine Anzahl erhalten geblieben. Mit um so größerem Interesse ist es daher zu begrüßen, daß es der Forschung gelungen ist, unter den Meisterwerken Lukas Cranachs des Aelteren ein bisher unerkannt gebliebenes Bildnis eines Hohenzollern aufzufinden. Das Porträt befindet sich auf der Wartburg in der Sammlung, welche der Kommandant der Wartburg, Oberburghauptmann v. Cranach, von den Werken seines großen Ahnherrn besitzt. Es stellt den Markgrafen Johann von Brandenburg-Ansbach dar. Die Entdeckung ist den Anregungen des Grafen Wilzek in Wien, des um die Kunstforschung verdienten Besitzers der Burg Crentzenstein zu verdanken.

Aus der Kunstwelt. Ein Leipziger Bürger hat der Stadt das Bildwerk „Betender Krieger" von der Dresdener Bildhauerin Ilse Klehn geschenkt. — Max Klinger hat eine neue Radierung „Im Unterstand" vollendet.

△ Vom amerikanischen Getreidemarkt.

Verschlechterung der Frühjahrssaaten — Zukunftsprojekte.

Der Saatenstandsbericht des amerikanischen Ackerbaubureaus stellt für den 1. August d. J. eine nicht unbeträchtliche Verschlechterung der Begutachtungsziffer von Frühjahrsweizen gegenüber dem Vormonat fest. Die Taxe lautet jetzt auf 68,7 pCt., während im Vormonat die Ziffer 83,6 betrug. Es ist also ein Rückgang von 15,1 pCt. eingetreten. Verglichen mit dem Vorjahre stellt sich allerdings die jetzige Begutachtungsziffer noch etwas höher, denn in der gleichen Vorjahrszeit war der Stand 63,4 pCt. Am 1. August 1915 lautete dagegen die Begutachtungsziffer auf 93,4 pCt. Im Zusammenhang mit dieser Verschlechterung steht ein Rückgang der Taxe des Erträgnisses. Im vorigen Monat war die Schätzung der Frühjahrsweizenernte 276 Mill. Bsh., sie wird nunmehr auf 236 Mill. Bsh. reduziert. Für Winterweizen ist jetzt die Angabe des Ertrages etwas höher als im Vormonat, nämlich 417 Mill. Bsh. gegen 402 Mill. Bushels im Vormonat, 481 Mill. im Vorjahr und 655 Mill. in 1915. Zählt man Sommerweizen und Winterweizen zusammen, so ergibt sich eine Weizenernte von 653 Mill. Bsh., d. h., die gesamte Ernte Amerikas ist in diesem Jahr kleiner als beispielsweise im Jahre 1914 und 1915 Winterweizen und Sommerweizen zusammen betrugen! Die amerikanische Ernte stellte sich nämlich in den letzten Jahren auf:

Jahr:	Winterweizen:	Sommerweizen:	zusammen:
1917	417	236	653
1916	482	158	640
1915	655	356	1011
1914	685	201	886
1913	523	240	763
1912	400	330	730

Daraus ergibt sich, dass die diesjährige Ernte im Vergleich mit dem Durchschnitt früherer Jahre recht klein ausgefallen ist. Man hat berechnet, dass in der Regel der heimische Bedarf in den Vereinigten Staaten 550 Mill. Bsh. Weizen beträgt. Hierzu kommt noch ein Erfordernis für Saat in Höhe von 50 Mill. Bsh., so dass, wenn die jetzige Ernte richtig geschätzt ist, statistisch nur eine Menge von 53 Mill. Bsh. für die Ausfuhr übrig bleiben würde. Hierzu kommen die Vorräte aus der alten Ernte, die aber diesmal nur einen Bruchteil des Vorjahres ausmachen. Sowohl bei den Farmern als auch bei den Händlern in Amerika liegen jetzt wesentlich kleinere Mengen an Getreide, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Betrugen doch nach der amtlichen Ermittlung die Hafervorräte der amerikanischen Farmer am 1. August d. J. nur 47,7 gegen 113,3 Mill. Bsh. in der gleichen Vorjahrszeit.

Der Stand des Mais, auf den man in Amerika in diesem Jahre so grosse Hoffnungen gesetzt hat, hat sich im Laufe des Juli etwas verschlechtert. Die Begutachtungsziffer lautet auf 78,8 gegen 81,1 pCt. im Vormonat respektive 75,3 pCt. im Vorjahre. Trotz dieser Ermässigung der Begutachtungsziffer ist aber die Ertragsschätzung diesmal höher, eine Erscheinung, die man in den letzten Jahren in Amerika häufig beobachten konnte, für die indes seitens der amerikanischen Behörden eine Erklärung bis jetzt nicht gegeben wurde. Die Maisernte wird nämlich auf 3191 Mill. Bsh. geschätzt gegen 3124 Mill. Bsh. im Vormonat und 2589 Mill. Bsh. im Vorjahre.

Da das Ernteergebnis an Weizen diesmal erheblich hinter den gewaltigen Ansprüchen der Entente zurückbleibt, hat sich die amerikanische Regierung zu einem Reformprogramm grossen Stils entschlossen. **Hierüber wird aus Washington folgendes gemeldet:**

Die Regierung gibt den sofort in Kraft tretenden Kriegsackerbauwirtschaftsplan bekannt. Der Plan empfiehlt eine Vermehrung der Anbaufläche, die unter den günstigsten Verhältnissen genügt zur Erzeugung von 1250 Mill. Bushels Weizen und 83 Mill. Bushels Roggen. 47 337 000 Acres sollen mit Winterweizen bestellt werden zur Erzeugung der für das Jahr 1918 erforderlichen 880 Mill. Bushels. Die Anbaufläche für Sommerweizen kann nicht bestimmt werden, soll aber der von 1917 entsprechen und unter den günstigsten Verhältnissen 350 Mill. Bushels ergeben. Die beträchtlich vermehrte Weizenerzeugung werde unbedingt notwendig sein, um einem ernsten Mangel an Brotstoffen vorzubeugen, falls die gegenwärtige Getreideernte durch einen frühen Frost beschädigt werden sollte.

Vergleicht man dieses Reformprogramm mit dem Projekt des Herrn Lloyd George, so muss man in der Tat sagen, dass es sich bei dem amerikanischen Plan um ein gewaltiges Unternehmen handelt. Lloyd George ist zufrieden, wenn im Jahre 1918 die gesamte Anbaufläche Englands — also Brotgetreide und Futtergetreide zusammen — um 3 Mill. Acres zunimmt. Herr Wilson verlangt eine Vermehrung von nicht weniger als 20 Mill. Acres nur für Winterweizen! Eine Anbaufläche von 47,3 Mill. Acres, wie sie jetzt geplant ist, hat Amerika noch nie aufzuweisen gehabt. Es betrug nämlich bisher die Anbaufläche für Winterweizen:

1917	27,6 Acres	1914	36,0 Acres
1916	34,8 „	1913	31,6 „
1915	40,4 „	1912	26,5 „

In den vorangegangenen Jahren war die Anbaufläche stets wesentlich kleiner. In Zukunft soll das Areal von 27 auf 47 Mill. Acres erhöht werden, und hiervon erwartet Amerika eine Verdopplung des Ertrages. Statt der diesmaligen 417 Mill. Bsh. sollen 880 Mill. Bsh. geerntet werden; bei Sommerweizen erwartet man statt 236 Mill. Bsh. 350 Mill. Bsh. Mit einer Gesamtmenge von nicht weniger als 1,2 Milliarden Bsh. Weizen hofft man allen Schwierigkeiten, die sich der Versorgung der Entente entgegenstellen können, zu begegnen. Dem Programm soll eine gewisse Grosszügigkeit nicht abgestritten werden, ob es freilich so durchgeführt werden kann, wie es beabsichtigt ist, ist eine offene Frage. In England haben sich in diesem Jahre bei der geplanten Vermehrung der Anbaufläche sehr ernste Hemmnisse gezeigt. Dort ist das Ackerland trotz aller Anstrengungen nur ganz unwesentlich, nämlich um 300 000 Acres, vermehrt worden. Die Ursache für diese geringe Ausdehnung lag in dem Mangel an Arbeitern, Gespannen, Saatgut usw. Man kann bestimmt damit rechnen, dass auch Amerika unter ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden haben wird. Auch dort macht sich während des Krieges ein starker Arbeitermangel bemerkbar. Er ist zunächst darauf zurückzuführen, dass die landwirtschaftlichen Arbeiter Amerikas in grossem Umfange zur Industrie abgewandert sind, wo sie höhere Löhne erhalten als in der Landwirtschaft. Hinzu kommt, dass die Einwanderung, die in Friedenszeiten in grossem Umfange zur Bewältigung der Landarbeiten beitrug, während des Krieges auf ungefähr ein Drittel gesunken ist. Gerade hieraus erklärt sich ja auch, dass in Amerika seit dem Jahre 1915 die Anbaufläche des Winterweizens so stark zurückgegangen ist. Der Ausfall an Erntearbeitern macht sich sowohl quantitativ als auch qualitativ bemerkbar. Die Felder können ohne Schwierigkeiten nicht in dem früheren Umfange bestellt werden, und darüber hinaus kann der Boden nicht mit der Sorgfalt bearbeitet werden, wie es gerade jetzt, namentlich bei dem Mangel an Dünger, unbedingt notwendig ist. Es ist dies eine Erscheinung, die nicht nur in Nordamerika, sondern auch in Südamerika festzustellen ist. Nach den Erfahrungen, die man während des Krieges gemacht hat, muss ernstlich bezweifelt werden, ob Amerika imstande ist, eine so starke Ausdehnung der Anbaufläche vorzunehmen, wie jetzt geplant ist.

✻ **Eine Gerstenverteilungsstelle des Deutschen Brauerbundes.** Der grosse Ausschuss des Deutschen Brauerbundes trat heute vormittag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, an der etwa 400 Vertreter der deutschen Brauereien und Brauereiverbände teilnahmen. Den Vorsitz in der Versammlung führte der Präsident des Brauerbundes und Direktor der Schultheiss-Brauerei, Funke. Das Referat hatte der Direktor der Reichs-Gerstengesellschaft, Carl Weingart. Man beschloss die Gründung einer Gerstenverteilungsstelle des Deutschen Brauerbundes, die künftighin den einzelnen Brauereien die Gerste zuteilen wird. Zum Geschäftsführer der neu zu errichtenden Gerstenverteilungsstelle wurde Direktor Weingart gewählt. Die Versammlung dauerte bei Schluss der Redaktion fort.

✻ **In der Generalversammlung der Emil Busch Akt.-Ges.** (Opt. Industrie) in Rathenow waren 702 400 Mark Aktien mit 1169 Stimmen vertreten. Die Dividende wurde auf 20 pCt. festgesetzt. Die Direktion teilte auf Anfrage mit, dass sich der Umsatz in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wiederum erhöht hat, und dass die vorliegenden Aufträge eine starke Beschäftigung des Werkes für die nächste Zeit sicherstellen, vorausgesetzt, dass die benötigten Betriebs- und Rohstoffe rechtzeitig eingehen.

✻ **Baroper Walzwerk.** Der in der gestrigen Aufsichtsratssitzung vorgelegte Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr 1916/17 ergibt einen Rohgewinn von 2 223 770 M. (1915/16: 1 375 064). Nach Kürzung aller Geschäftsunkosten mit 279 933 M. (229 225), der Abschreibungen mit 473 896 M. (372 581), sowie nach Auffüllung des Erneuerungsfonds auf die statutarische Höhe von 10 pCt. des Aktienkapitals, und nach Berücksichtigung der Rücklage für Kriegsgewinnsteuer (i. V. 107 308), steht ein Ueberschuss von 868 969 M. (474 786) zur Verfügung, woraus eine Dividende von 20 pCt. (i. V. 18) ausgeschüttet werden soll, für Beamten- und Arbeiterfürsorge sind weitere 200 000 M. bestimmt. Der Geschäftsgang im laufenden Jahre wird als gut bezeichnet; es liegen noch auf längere Zeit Aufträge vor.

✻ **Phönix Akt.-Ges. für Braunkohlenverwertung** zu Berlin. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1916/17 einschliesslich Vortrag aus dem Vorjahr einen Jahresgewinn von 1 165 704 M. (1915/16 1 004 809). Nach Abschreibungen von 670 724 M. (607 882) verbleibt ein Ueberschuss von 494 980 M. (396 928). Hieraus wird, wie bereits gemeldet, die Verteilung einer Dividende von 5 pCt. gegen 4 pCt. i. V. in Vorschlag gebracht. **Als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 56 671 M.** (50 571). **Trotz grosser durch den Krieg bedingter Schwierigkeiten** gelang es der Verwaltung, wie sie im Rechenschaftsbericht mitteilt, die Kohlenförderung und Brikettproduktion zu erhöhen, da die Gesellschaft genügend Kohlen abgedeckt hatte. Nach der Bilanz beläuft sich das Bankguthaben der Gesellschaft auf 120 980 M., verschiedene Schuldner auf 483 913 M. Im Vorjahr wurden insgesamt Aussenstände mit 550 061 M. ausgewiesen. Effekten vermehrten sich durch erhöhten Besitz an Kriegsanleihen auf 2 203 000 M. (1 958 000). Unter Passiven ist bemerkenswert, dass sich die Verbindlichkeiten betr. Klettwitz auf 819 569 Mark (i. V. 1 101 440) ermässigten. Bankschulden betragen 105 648 Mark, verschiedene Gläubiger 121 164 M. (i. V. insgesamt Gläubiger 158 956).

✻ **Die F. Thörl's Vereinigte Harburger Oelfabriken Akt.-Ges.** erzielte in 1916/17 einen Betriebsüberschuss von 3 195 934 M. (1915/16: 2 681 899). Aus dem Vorjahre stand ausserdem ein Vortrag von 1 455 911 M. (1 369 484) zur Verfügung. Die Abschreibungen werden auf 639 140 M. (582 615) bemessen. Es verbleibt ein Ueberschuss von 4 012 706 M. (3 468 768). Hieraus erhält die Talonsteuerrücklage 25 000 M. (—), soziale Lasten erfordern 50 000 M. (25 000), Gratifikationen 80 000 Mark (60 000), technische Verbesserungen wieder 100 000 M., Tantiemen an Aufsichtsrat und Beamte 444 358 M. (357 856). Die Ausschüttung von 15 pCt. Dividende nimmt 1 575 000 M. (14 pCt. gleich 1 470 000 M.) in Anspruch. Auf neue Rechnung werden 1 738 347 M. vorgetragen.

Wie die Verwaltung im Geschäftsbericht mitteilt, standen die gelieferten Mengen von Rohwaren seitens der zuständigen Stellen in keinem Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit des Unternehmens, so dass die Oelfabriken nur in geringem Umfange beschäftigt waren. Infolgedessen hat die Verwaltung andere Betätigungsmöglichkeiten gefunden und ihre Betriebe entsprechend umgestaltet. Zur Geschäftslage bemerkt die Verwaltung: „Die Beteiligungen haben wieder eine angemessene Verzinsung des Kapitals gebracht. Die Ausdehnung der bereits in enger Verbindung mit uns stehenden Agumawerke gab uns die Ueberzeugung, dass speziell dieser Geschäftszweig auch nach dem Kriege eine weitere grössere Ausdehnung erfahren und eine wertvolle Ergänzung eines Teils unserer jetzigen Fabrikate bilden wird. Diese Gründe haben uns veranlasst, die Agumawerke zu erwerben und jetzt im eigenen Betrieb als besondere Abteilung weiterzuführen. Durch den weiteren Ausbau dieser Abteilung und das Ineinandergreifen der Agumafabrikation mit der Nährhefeindustrie hielten wir es ferner im Interesse unserer Gesellschaft für geboten und zweckmässig, die uns zu günstigen Bedingungen angebotene gesamte Fabrikanlage der Harburger Stärkefabrik F. Thörl, die jetzt fast ausschliesslich der Nährhefefabrikation diente, zu erwerben.“

In der Bilanz haben einige Anlagekonten im Zusammenhang mit der oben erwähnten Erwerbung eine Erhöhung erfahren, während das Beteiligungskonto entsprechend zurückgegangen ist. Es erscheinen ferner Wertpapiere (Kriegsanleihe) mit 7 026 147 M. (6 029 989), Bankguthaben mit 4 470 227 M. (1 916 362), Aussenstände mit 2 019 179 M. (2 151 933), Beteiligungen mit 1 571 833 M. (1 711 833), Vorräte mit 670 565 M. (292 006). Gläubiger hatten zu fordern 393 752 M. (364 875). Neu erscheint ein Posten unter den Passiven: „Nach dem Kriege im neutralen Ausland zu erfüllende Verpflichtungen“ mit 3 451 635 M. Ueber die Aussichten bemerkt die Verwaltung: „An Rohstoffen für die Oelfabrikation steht während des Krieges nur die inländische Ernte zur Verfügung. Nach den vorliegenden günstigen Ernteberichten der Oelfrüchte scheint es, dass man im laufenden Jahre auf eine bessere Versorgung mit Rohstoffen und dadurch auf eine ausgedehntere Ausnutzung der der Oelfabrikation dienenden Anlagen rechnen kann. Immerhin haben wir es für richtig gehalten, eine weitere wesentliche Erhöhung unseres Gewinnvortrages vorzunehmen, um nötigenfalls einen Dividendenausgleich für weniger günstige Geschäftsjahre zu ermöglichen.“

✻ **Schöneberg - Friedenauer Terrain - Gesellschaft.** Die Generalversammlung genehmigte die mit einem Verlust von 225 243 M. abschliessende Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1916/17 ohne Erörterung und stimmte ferner dem von uns bereits ausführlich besprochenen Sanierungsantrage der Verwaltung zu. Neu in den Aufsichtsrat wurde Arthur David in Berlin gewählt

✕ **M.-Gladbach,** 10. August. (Privat-Telegramm.) Auf dem Garnmarkt waren die Abschlüsse in Baumwollgarnen trotz der neuen Höchstpreise gering. Für Papiergarne werden jetzt häufiger Ausnahmebewilligungen zwecks vermehrter Abgabe an die Privatkundschaft erteilt.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Das Fachblatt „Iron Age“ schreibt in seinem Wochenbericht u. a.: „Die verschiedenen Nachrichten von Washington, die auf einen scharfen Eingriff der Regierung in die Stahlfabrikation schliessen lassen, haben nur die Unsicherheit verschärft und halten das Geschäft an allen Eisen- und Stahlmärkten zurück. Infolge der Hitze kann nur wenig Koks hergestellt werden, was eine Abnahme der Roheisenproduktion zur Folge hat. Die Produktion im Juli betrug 3 342 000 To. gegen 3 270 000 Tonnen im Vormonat und 3 226 719 To. im Vorjahr. Es waren 351 Hochöfen im Betrieb gegen 349 bzw. 316.“

Dividenden und Abschlüsse.

Croellwitzer Papierfabrik: Für 1916/17 bei 977 963 M. (1915/16: 477 068) Bruttogewinn 16 pCt. (12) Dividende.

Ammendorfer Papierfabrik Akt.-Ges. zu Radewell bei Halle: 36 pCt. (1915/16: 26).

GENERALVERSAMMLUNGS-KALENDER.*)

23. August. F. Thörl's Vereinigte Harburger Oelfabriken. Ord. (Statutenänderung) 11½ Uhr Harburg, Hannoversche Bank. (20. 8.)

25. August. Akt. Ges. für chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel. Ausserord. (Uebernahme der Wilhelmsburger Chemischen Fabrik) 11 Uhr Berlin, Hotel Adlon. (22. 8.)

27. August. Metall-Industrie Schönebeck Akt. Ges. Ord. 8 Uhr Schönebeck a. E., Geschäftslokal. (23. 8.)

*) Das Datum in der Klammer bezeichnet den Tag, bis zu dem die Aktien hinterlegt sein müssen.

✻ An der Börse

war heute das Geschäft ruhiger als in den letzten Tagen, doch konnte die Tendenz nach wie vor als überwiegend fest angesehen werden, da unsere anhaltend günstige militärische Lage entsprechenden Einfluss auf die Stimmung der Spekulation ausübt. Am Montanaktienmarkt trat heute reges Interesse u. a. für die Aktien des Siegen-Solinger Gussstahlvereins hervor, die aus der Meldung über eine befriedigende Entwicklung der Gesellschaft Nutzen ziehen konnten. Auch sonst wendete sich diesem Marktgebiet Nachfrage zu, und zwar bevorzugte die Spekulation in erster Reihe die Aktien von Kohlenunternehmungen, wie die Aktien der Harpener Bergbau Akt.-Ges., der Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges., der Consolidation Akt.-Ges., der Arenberg Bergbau Akt.-Ges., des Bergwerksvereins König Wilhelm, der Donnersmarckhütte und der Kattowitzer Bergbau-Akt.-Ges. Höher bewertet wurden auch die Aktien der Rombacher Hüttenwerke, des Eisenwerks Kraft, des Baroper Walzwerks, der Bismarckhütte, der Gebr. Böhler Akt.-Ges., der Stahlwerke Becker und Lindenberg. Von Rüstungswerten stellten sich u. a. höher im Kurse die Aktien der Aluminiumindustrie Akt.-Ges., der Dynamit-Akt.-Ges. und der Weyersberg, Kirschbaum Akt.-Ges. Dagegen schwächten sich im Kurse ab die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabriken, der Köln-Rottweiler Pulverfabriken, ferner der Hansa-Lloyd-Werke und der Adler-Fahrradwerke. Ebenso waren nicht preishaltend die Aktien einiger chemischer Fabriken, von Petroleumunternehmungen, einzelnen Elektrizitätsunternehmungen, wie der Bergmann-Akt.-Ges., ferner der Orenstein & Koppel Akt.-Ges. und der Maschinenfabrik Schwartzkopff. Für einige andere Maschinenfabriken, so auch für die Paucksch Akt.-Ges., für Waggonfabriken, ebenso wie für die Aktien der S. Riehm Söhne Akt.-Ges., des Milowicer Eisenwerks, der Feldmühle Cellulosefabrik, des Verein für Zellstoffindustrie in Dresden und der Anglo-Continentalen Guanowerke bestand Nachfrage. Schiffahrtsaktien verkehrten in ruhiger, aber fester Haltung. Kaliwerte litten etwas unter Realisationen.

Heimische Anleihen waren wenig verändert, mexikanische etwas gesucht.

Telegraphische Auszahlungen	10. 8. Geld	10. 8. Brief	9. 8. Geld	9. 8. Brief	Telegraphische Auszahlungen	10. 8. Geld	10. 8. Brief	9. 8. Geld	9. 8. Brief
Amsterdam / Rotterdam G.	295 3/4	296 1/4	294 3/4	295 1/4	Wien / Budapest Kr.	64,20	64,3	64,20	64,3
Kopenhagen Kr.	212 1/2	213	211 1/2	212	Sofia L.	80 1/2	81 1/2	80 1/2	81
Stockholm Kr.	225 1/4	225 3/4	224 1/4	224 3/4	Konstantin. T. P.	19,96	20,05	19,95	20,0
Christiania Kr.	213 3/4	214 1/4	212 3/4	213 1/4	Madrid / Barcelona Pes.	126 1/2	127 1/2	125	126
Schweiz Fr.	145 3/4	146	144 3/4	145					

Tägliches Geld war heute zu ca. 4⅛ pCt. zu haben. Der Privatdiskont stellte sich wieder auf 4⅝ pCt. und darunter.

Amerikanische Kabel-Telegramme

✻ **New-York,** 9. August. (Spezial-Kabeltelegramm.) Die **Börse** bot heute kein einheitliches Bild. Bei Beginn war die Kursbewegung sehr unregelmässig. Bald darauf entwickelte sich eine feste Stimmung. Später erschien die Baissepartei auf dem Plan und entfaltete eine rege Tätigkeit, wozu sie in erster Linie durch die höheren Geldrate angeregt wurde. Auch sonst gab sich grössere Liquidationsneigung zu erkennen, die sich hauptsächlich wieder auf die Anteile der **General Motor Co.** richtete. Um die Mittagstunde schlug die Haltung wieder um, als die Spekulantengruppen lebhafte Käufe in Tabakaktien und Schiffahrtswerten vornahmen. Die Börse schloss daher in **fester** Tendenz. Der **Aktienumsatz** bezifferte sich auf **550 000 Stück.** — Die **Great Northern Bahn** verkaufte 20 Mill. Doll. dreijährige 5proz. Notes. — Die **Union Pacific Bahn** bringt auf ihre Vorzugsaktien eine unveränderte Quartalsdividende von 2 Doll. zur Verteilung. Auf die Stammaktien wurde eine Quartalsdividende von 2 Doll. wie bisher erklärt, ausserdem kommt eine **Extradividende** von ½ Doll. zur Verteilung. Die **Southern Pacific Bahn** schüttet eine unveränderte Vierteljahrsdividende von 1½ Doll. aus. — **Juni-ausweis** der **Chicago Great Western Bahn:** Bruttoplus 166 0 Dollars, Nettominus 1000 Doll. — Zum Transport **nach San Francisco** wurden **1 350 000 Doll. Gold** bereitgestellt.

New-York, 9. August. (Privat-Kabeltelegramm.)

	9. 8.	8. 8.		9. 8.	8. 8.
Tendenz f. Geld	fest	behpt.	N.-Y. Hudson River	88 1/2	88
Geld a. 24 Stunden	2 3/4	2 1/2	N.-Y. Ontario West.	22	22
Geld a. 24 Stund. l. D.	3	3	Norfolk u. Western	121	122
Wechs. a. Berl. (Sicht)	—	—	Northern Pacific	101 3/4	101
do. Paris (Sicht)	5,7750	5,7750	Pennsylvania	52 5/8	52
do. Lond. (60 Tg.	4,72	4,72	Reading	91 1/2	93
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Chic. R. Isl. Pac. Railw.	61	62
Silber Bullion	82 7/8	82 1/2	Southern Pacific	94 1/2	94
North. Pacific 3% Bds.	62 1/2	63	do. Railway	28 5/8	28
San Franc. 4% Prior. Lien Bds. Ser. A	61	61 1/4	do. do. pref.	57 3/4	56
			Union Pacific	136 7/8	136
San Franc. 6% Income Bds. Ser. A	50	49	do. pref.	—	79
			Wabash pref.	49 3/4	49
San Franc. 6% Adjust. Bonds	65 3/4	66 1/4	Western Maryland	20	20
			American Can	47 1/4	47
South. Pacific 4% Bds.	81 5/8	81 1/2	Amer. Car u. Foundry	75 3/4	74
Atchison Top. u. St. Fé	99 3/4	99 3/4	American Locomotive	70 1/2	69
Baltimore u. Ohio	69 1/2	69 5/8	Americ. Smelting Ref.	101 7/8	101
Canadian Pacific	160 5/8	160	American Sugar Ref.	122	121
Chesapeake u. Ohio	60 1/4	60 1/2	Anac. Copper Mining	76 3/8	76
Chicago, Milwaukee	68 1/2	68 1/2	Bethlehem Steel	117 5/8	114
Denver u. Rio Grande	7	7	Central Leather	92	91
Erie	24 7/8	24 7/8	Consolidated Gas	—	109
Erie 1st pref.	36	37	General Electric	—	15
Great Northern pref.	104 7/8	105	Internat. Harvester	110 1/4	110
do. Ore Certif.	—	33 5/8	Intern. Mercant. com.	29 3/4	2
Illinois Central	102	102	Intern. Mercant. pref.	90 3/4	8
Interborough Consol.	9 3/8	9 1/2	National Lead	—	5
Lehigh Valley	—	63 1/2	Republ. Iron u. Steel	87 1/4	8
Louisville u. Nashv.	125	124	Unit. Stat. Steel Corp.	124 3/8	12
Missouri. Kans. u. Tex.	6	6 1/4	do. do. pref.	118	11
Nat. Railw. Mexiko pr.	6 B	7 B	Utah Copper	—	10
Missouri Pacific n. A.	33 1/2	33 1/4	Virg. Carolina Chem.	40	4

Fonds-Telegramme.

Amsterdam, 9. August. (W. T. B.) Wechsel auf Berlin 33,82 1/2 (33,77 Wechsel auf Wien 21.50 (21,50), Wechsel auf Schweiz 54.30 (54, Wechsel auf Kopenhagen 72,65 (72,85), Wechsel auf Stockholm 7 (79,20), Wechsel auf New-York 238 (237 1/2), Wechsel auf Lon 11,34 1/2 (11,33 3/4), Wechsel auf Paris 41,20 (41,20).

Amsterdam, 9. August. (W. T. B.) 5% Niederl. Staatsanleihe 10 (101), Obligation. 3% Niederl. W. S. 72 5/8 (72 1/2), Kgl. Niederl. Petrole 588 (588 1/2), Holland-Amerika-Linie 340 (342), Niederländisch-Indis Handelsbank 214 (214), Atchison Topeka and Santa Fé — (Rock Island — (7/16), Southern Pacific — (92), Southern Railway (—), Union Pacific 136 3/8 (137 1/2), Anaconda 165 1/4 (166ex), United St Steel Corp. 112 5/8 (115 1/8) Franz.-Engl.-Anleihe — (—), Hamb.-Amer Linie — (—). Tendenz: Ruhig.

Wien, 9. August. (Privat-Telegramm.) **Devisenkurse.** Ma noten 155,75 (155,75), Holland 460,25 (458,75), Schweiz 226,75 (225, Skandinavien 332,50 (331,00), Sofia 127,50 (127,50), New-York —.— (—, Rubel 325,00 (325,00).

BERLINER HANDELSREGISTER.

Eintragungen vom 7. und 8. August.

Abt. A. Achsenfabrik Berlin Paul Bock, Schillingstr. Inh. ist Paul Bock. — Barbarossa-Apotheke Allopat Homoeopathische Central-Officin Dr. Max Schul Kurfürstendamm 261. Inh. ist Dr. Max Schultz. — Hela We stätten Hermann Langkabel, Köpenicker Str. 21. Inh. Hermann Langkabel. — Victor Carl John, Berlin-Schöneberg, I brucker Strasse 37. Inh. ist Victor Carl John. — Hch. Fasbend Jetzt Kommanditges. Pers. haft. Ges. ist Hermann Bascher. Ein K manditist ist beteiligt. Beginn: 1. 4. 17. — Gelöscht ist die Fi Emil Bagusat.

Abt. B. Bauunternehmung Kablow & Co. G. m. b. Berlin-Wilmersdorf. (Früher Tapiau.) Stammk.: 20 000 M. Geschäf Ernst Kahlow. — Physikalisch-Chemische Werke A Ges. Gerhard Ueltzen ist nicht mehr Vorstand. Vorstandsmitgli Anton Wiesengrund und Carl Karutz. — Act.-Ges. vorm Frister & Rossmann. Dr. jur. Erich Schreib ist bis 31. 12. 17 dem Aufsichtsrat in den Vorstand abgeordnet. — Halvor Br Aktien-Gesellschaft lautet die Firma jetzt. Der Gegens des Unternehmens und die Satzung sind geändert. Das Grundka soll auf 500 000 M. erhöht werden.

Verantwortliche Redakteure: für Politik: Erich Dombrowski-Lichterfelde; Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmers für das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für den Roman: Bernt Jolles-Ber für die Handelszeitung: Dr. jur. Felix Pinner-Friede für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inse Robert Franke, Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.